

Dr.-Ing. George Milojcic
Hauptgeschäftsführer

DEBRIV
Deutscher Braunkohlen-
Industrie-Verein e.V.
Berlin – Köln

Herrn

- Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup
Vorsitzender des Kuratoriums des Deutschen Instituts
für Wirtschaftsforschung (DIW)

Herrn

Prof. Dr. Gert G. Wagner
Vorsitzender des Vorstands des Deutschen Instituts
für Wirtschaftsforschung (DIW)

Mohrenstr. 58
10117 Berlin

19. Dezember 2012
mi121214

**Offener Brief zur DIW-Studie "Die Zukunft der Braunkohle in Deutschland im
Rahmen der Energiewende"**

Sehr geehrte Herren,

Ende November veröffentlicht das DIW o. g. Studie, in der die Einschätzung vertreten wird, dass die Braunkohlenförderung schon bald drastisch zurückgehen würde und neue Braunkohlenkraftwerke betriebswirtschaftlich nicht lohnen. Damit bezieht das DIW eine sehr einseitige Position im Rahmen der aktuellen Energiedebatte, die leider einer Überprüfung nicht standhält.

Zukunft ist ein offener Raum. Jedem steht es frei, sich ein Bild davon zu machen. Wenn das mit wissenschaftlichem Anspruch verknüpft ist, sollten die Annahmen schlüssig und konsistent sein. Die DIW-Studie erfüllt diese Kriterien nicht. Falsche Annahmen führen zu unsinnigen Schlussfolgerungen.

Damit ist das Gutachten von DIW, das der Forschungsdirektor, Professor von Hirschhausen, und sein Team erarbeitet haben, ein Konstrukt aus dem Elfenbeinturm, das von Machbarkeitsillusionen getragen und fern der europäischen und globalen Realitäten steht. Die Studie ist missleitend, kein Beitrag zu einer ernsthaften Energiedebatte und beschädigt das Renommee der Autoren und des DIW. Damit werden die immer wieder erhobenen Vorwürfe, dass das DIW tendenziell auf schmaler Wissens- und Recherchebasis operiert, unterlegt. Hierzu Anmerkungen:

- Auf Seite 11 der Studie wird unter der Überschrift 2.4 „Europarechtliche Rahmenbedingungen“ die Wirtschaftsagentur Bloomberg zitiert. Gemäß dieser Quelle sollen 60 % der europäischen Kohlenkraftwerke, insbesondere auch in Deutschland, nicht kompatibel mit der neu gefassten IED sein. U. a. wäre auch ungefähr die Hälfte aller Braunkohlenkraftwerke betroffen. Diese Aussage ist schlichtweg falsch; annähernd 100 % der Braunkohlenkraftwerke sind mit der IED kompatibel. Herr Professor von Hirschhausen hat seine Quelle auch auf Anfrage nicht verfügbar machen können.
- Im Kapitel 6 „Kraftwerke und Tagebaue in den einzelnen Becken“ führt das DIW auf Seite 53 im zweiten Absatz aus: „Die Braunkohlenkraftwerke werden nach einer Laufzeit von 40 Jahren bzw. spätestens im Jahr 2045 stillgelegt. Das ist im Kontext der aktuellen Debatte um Kapazitätsengpässe im Gefolge des Kernkraftausstiegs zu bewerten.
- Übersehen wird, dass die Braunkohlenkraftwerke über unbefristete Genehmigungen verfügen. Wie das DIW zu der Einschätzung einer Laufzeit von 40 Jahren kommt, ist vollkommen unerklärlich, insbesondere auch, weil die Bundesnetzagentur beispielsweise mit 50 Jahren Laufzeit rechnet.

Die Betreiber der Braunkohlenkraftwerke haben offensichtlich eine andere Einschätzung. Sie haben hohe Beträge in das Retrofit und die Flexibilisierung der Bestandsanlagen investiert, um diese Kraftwerke so für den langfristigen Betrieb zu ertüchtigen.

Hinzu kommt, dass im rheinischen Revier eine Vereinbarung zwischen RWE Power und der Landesregierung NRW besteht, die die sukzessive Erneuerung des Kraftwerksparks vorsieht. Dieses „Kraftwerkserneuerungsprogramm“ wird gemäß des Zeitplans abgearbeitet, so wurden drei BoA-Blöcke in den vergangenen Jahren in Betrieb genommen und Altanlagen dementsprechend abgeschaltet. Auch in der Lausitz gibt es für den Standort Jänschwalde politische und unternehmerische Absichtserklärungen zur langfristigen Standortnutzung.

- Auf Seite 15 der Studie wird den Braunkohlenkraftwerken die Eigenschaft abgesprochen, auch flexibel arbeiten zu können. Dies entspricht nicht den Gegebenheiten. Die in den letzten 10 bis 15 Jahren errichteten Anlagen sind insgesamt hoch flexibel und auch die älteren Blöcke wurden bzw. werden durch Retrofit diesen neuen Anforderungen angepasst. Diesen Tatbestand hätte man durch eine Literaturrecherche leicht erkennen können, beispielsweise in „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“ (2012, Heft 3, Seite 59).
- In der DIW-Studie wird ein Schwerpunkt auf den Neubau gelegt. Unberücksichtigt bleibt, dass in den kommenden Jahren der stromwirtschaftliche Wettbewerb zwischen Gas- sowie Stein- und Braunkohlenkraftwerken im Bestand den Braunkohlenabsatz maßgeblich bestimmen wird. Neubauten sind nur fallweise erforderlich, siehe oben. In der Studie werden die Annahmen für die Wirtschaftlichkeit überwiegend zu Lasten eines neuen Braunkohlenkraftwerks gesetzt, so sind die Investitionskosten mit 1.700 €/kW recht hoch angenommen, die erwarteten Wirkungsgrade einer Neuanlage mit 43 % tendenziell zu niedrig, die Steigerung der CO₂-Preise mit 9,25 %/a sehr hoch und der langfristig zugrunde gelegte Strompreis (51 €/MWh) tief angesiedelt. Bei realitätsnahen Ansätzen für diese Faktoren ergibt sich ein positives Bild für Braunkohlenkraftwerke, wenngleich dies für Gas- und Importkohlenkraftwerke bei jetzigen Brennstoffpreisen ganz sicher nicht auskömmlich ist.
- Auf Seite 17 werden Überlegungen zu Kapazitätsmechanismen angestellt, die nach Einschätzung der Autoren regional und technologiespezifisch ausgestaltet werden. Unbenommen davon, dass heute keiner weiß, ob und wann Kapazitätsinstrumente wirksam und wie sie ausgestaltet werden, gibt es europa- und wettbewerbsrechtliche Restriktionen, die überwunden werden müssten, wenn man eine bestimmte Art der Erzeugung ausschließen wollte. Es ist nicht nachvollziehbar, wie das Team um Professor von Hirschhausen zu dieser Aussage kommt, geschweige denn, wie sie zu belegen wäre.
- Auf Seite 43 wird ausgeführt, „aus energiewirtschaftlicher Sicht liegen die Braunkohlenstandorte ungünstig“. Unberücksichtigt bleibt bei dieser Aussage, dass der von der Bundesnetzagentur geplante Leitungsausbau in Nord-Süd-Richtung dazu beitragen wird, dass bei geringem Angebot von EE-Strom Braunkohlenstrom gerade auch in den Süden geleitet werden kann, womit dort die Versorgungssicherheit gewährleistet wird. Vollkommen übersehen wird, dass es einen europäischen Binnenmarkt für Strom gibt, innerhalb dessen sich stromwirtschaftliche Zonen herausbilden, so im zentralen Mitteleuropa. Damit entstehen auch neue Marktchancen für die Braunkohle. So z. B., wenn in Nachbarländern wegen zu hoher Gaspreise die Stromerzeugung in Erdgaskraftwerken heruntergefahren wird.

- Im Detail werden dann im Abschnitt 6 „Kraftwerke und Tagebaue in den einzelnen Becken“ weitreichende Schlussfolgerungen gezogen, beispielsweise auf Seite 56, Abbildung 34 „Belieferung des Kraftwerks Weisweiler“. Dieses Kraftwerk soll nach Aussagen von Herrn Professor von Hirschhausen in den Jahren 2015/16 stillgelegt werden. Durch Literaturrecherche hätte man herausfinden können, dass dieses Kraftwerk bis ca. 2030 betrieben wird und es aufgrund seiner Lage im deutschen Verbundnetz, aber auch im Hinblick auf die angrenzenden Märkte Belgien (Kernenergieausstieg) sowie Niederlande (hoher Erdgasanteil) gute Marktchancen hat. Hinsichtlich der Flexibilität dieses Kraftwerks wurden an zwei großen Blöcken Vorschaltgasturbinen eingerichtet, womit diese Anlagen besonders flexibel wurden.
- Vergleichbar unsinnige Aussagen sind in Abbildung 31 „Belieferung Kraftwerk Frimmersdorf“ sowie Abbildung 32 „Belieferung Kraftwerk Neurath“ und Abbildung 33 „Belieferung Kraftwerk Niederaußen“ dargestellt. Gleichermäßen unsinnige Aussagen gibt es zum Lausitzer Revier, d. h. konkret zum Betrieb der Kraftwerke an den Standorten Jänschwalde, Schwarze Pumpe und Boxberg sowie den dazugehörigen Tagebauen; hier sind die Abbildungen 43, 44, 45, 46 und 47 anzusprechen. Auch die Aussagen zum mitteldeutschen Revier sind nicht konsistent.
- Vollkommen ausgeblendet werden in der Studie des DIW die globalen und europäischen Zusammenhänge. Warum steigt der weltweite Kohlenverbrauch? Wie steht es um die Ressourcensituation bei Öl und Gas? Wie entwickeln sich Kohlen-, Gas- und Ölpreise? Wie steht es um die Subventionierung erneuerbarer Energien? Was bedeutet europäischer Binnenmarkt für die Braunkohle? Wie sind die europäischen Entscheidungen zur Kernenergienutzung, fossiler Energie und erneuerbaren Energien zu bewerten? Zu guter Letzt, was bedeutet der Kernenergieausstieg in Deutschland? Und, wie stellt man die Systemsicherheit her, die zwingend auf synchronisierte Erzeugungskapazitäten angewiesen ist? Hierzu gibt es keine Überlegungen, geschweige denn Antworten.

Es basiert auf einer Fehleinschätzung, wenn man fordert, Deutschland solle den harten und unbequemen Weg gehen und deswegen nicht nur wie beschlossen schnell aus der Kernenergie aussteigen, sondern gleichzeitig die Kohlennutzung beenden. Daraus würden sich andere und schwerer lösbare Fragen ergeben. Wahrscheinlich ist, dass Vielfalt und ein hoher Grad an Vernetzung das Energiesystem der Zukunft kennzeichnen wird. Dazu gehört im globalen Rahmen ganz sicher die Kohle. Deutschland sollte und kann die heimische und wettbewerbsfähige Braunkohle in sein Lösungsportfolio für viele Jahre einordnen.

Ziel eines Wirtschaftsforschungsinstituts sollte sein, dazu beizutragen, dass die Effizienz in der Volkswirtschaft durch kluge Rahmensetzung gesteigert wird. Auf diesem Feld gibt die deutsche Energiewende breiten Raum für Untersuchungen und Verbesserungsvorschläge. Hier besteht Diskussionsbedarf. Ratsam wäre auch, Arbeiten des DIW vor der Veröffentlichung einem Review zu unterziehen. Dann wäre diese wissenschaftliche Fehlleistung vermeidbar gewesen.

Abschließend noch eine kurze Anmerkung zum Zusammenwirken zwischen dem DIW und seinen Mitgliedern. DEBRIV ist seit langer Zeit Mitglied beim DIW und es ist befremdlich, wenn die DIW-Mitarbeiter zeitgleich zur Veröffentlichung einer unsere Tätigkeit betreffenden Studie mitteilen, dass diese demnächst auf den Markt kommt und man jetzt darüber sprechen sollte. Dies wäre vorlaufend zweckmäßig gewesen, wie die vollkommen missratene Studie zeigt. Dazu passt auch, dass eine ausführliche Anfrage zu den Annahmen vom 3. Dezember bisher nicht beantwortet wurde.

Unbenommen dieser scharfen, aber aus unserer Sicht notwendigen Kritik würde es uns freuen, wenn das DIW für einen Meinungsaustausch in dieser Sache offen wäre. In Erwartung Ihrer Antwort.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf



Anlage: Perspektive der deutschen Braunkohlenindustrie 2012

Kopie: Professor Dr. C. von Hirschhausen